

8. Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger beim Kanton vorübergehend weiter beschäftigen

Dringliches Postulat Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Hanspeter Göldi (SP, Meilen), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), Judith Stofer (AL, Zürich) vom 25. Mai 2020

KR-Nr. 168/2020

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger stehen dieses Jahr vor einer besonderen Herausforderung: Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat sich nämlich seit dem Corona-Ausbruch (*Covid-19-Pandemie*) schlagartig verändert. Ende Mai 2020 waren schweizweit bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) bereits über 230'000 Stellensuchende eingeschrieben, dies innerhalb von zwei Monaten rund 50'000 Personen mehr. Im Kanton Zürich betrug die Arbeitslosenquote Ende Mai 3,2 Prozent, anfangs Februar lag sie noch bei 2,1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit bei den 15 bis 24-jährigen hat sich innert Jahresfrist beinahe verdoppelt, genau genommen hat sie um 76,7 Prozent zugenommen. Und eine Besserung ist leider nicht in Sicht. Sowohl die Konjunkturprognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft, SECO, der KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH, als auch der BAK Economics AG (*Schweizer Wirtschafts- und Beratungsinstitut*) gehen für 2020 und 2021 von weiterhin steigenden Arbeitslosenzahlen aus. Der Schweizer Arbeitsmarkt verliert sozusagen von Tag zu Tag an Aufnahmefähigkeit. Es werden wenig neue Stellen ausgeschrieben und es kommt zu viel weniger Stellenwechsel als zuvor.

Junge Erwachsene sind von solchen Krisen immer überdurchschnittlich stark betroffen. Genau deshalb hat Bildungsökonom Stefan Wolter bereits im Mai vor den Berufseinstiegsrisiken der diesjährigen Lehrabgängerinnen und -abgänger gewarnt. Er rief alle Betriebe dazu auf, diese, wenn immer möglich, diesen Sommer weiter zu beschäftigen. Es sei zentral, dass diese als frisch ausgebildeten Fachkräfte weitere Arbeitserfahrungen sammeln können, um sich anschliessend dauerhaft im Arbeitsmarkt zu integrieren. Weltweite Untersuchungen zeigen zudem, dass junge Erwachsene, wenn sie während einer Rezession in den Arbeitsmarkt eintreten, noch Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte später unter negativen Folgeerscheinungen leiden wie zum Beispiel unter gehäufte Arbeitslosigkeit. Eine im Juni 2020, also vor zwei, drei Wochen, durchgeführte Umfrage der ETH bei über 2500 Betrieben mit rund 25'000 Lehrstellen zeigt auch, dass längst nicht alle Betriebe gleichermassen in der Lage sind, ihre Lehrabgängerinnen und -abgänger weiter zu beschäftigen. Vom Kanton Zürich, einem sehr grossen Arbeitgeber, dürfen und wollen wir dies aber erwarten können. Deshalb haben wir Ende Mai unser dringliches Postulat eingereicht, mit dem wir den Regierungsrat darum bitten, den

beim Kanton ausgebildeten jungen Erwachsenen, welche diesen Sommer berufliche Grundbildung abschliessen und keine Anschlusslösung haben, vorübergehend eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit anzubieten.

Aufgrund der regierungsrätlichen Stellungnahme zu unserem dringlichen Postulat erfahren wir nun, dass der Kanton Zürich in der Regel bereits rund 40 bis 50 Prozent seiner Lehrabgängerinnen und -abgänger weiterbeschäftigt, und wir erfahren auch, dass er bereits Gespräche und Abklärungen trifft, um den konkreten Bedarf nach zusätzlicher Weiterbeschäftigung zu klären. Dafür danken wir dem Regierungsrat.

Umso unverständlicher ist es deshalb, dass der Regierungsrat unser dringliches Postulat nicht entgegennehmen will. Fürchtet er sich vor der Verbindlichkeit oder vor der Berichterstattung in knapp zwölf Monaten? Anders können wir uns seine ablehnende Haltung nämlich nicht erklären. Selbst der Bund hat im Mai eine Task Force einberufen zur Stärkung der Berufsbildung unter den aktuell erschwerten Bedingungen. Dieser Task Force, in der auch die Kantone und die Wirtschaft vertreten sind, ist sich sehr bewusst, wie krisenanfällig die Ausbildungs- und Berufsverläufe an den Übergängen von der Volksschule in die Sekundarstufe II und von letzterer eben in den Arbeitsmarkt sind. Deshalb lässt die Task Force nun auch den Lehrabgänger-Markt genau beobachten und sie unterstützt mittels konkreter Projektförderbeiträgen auch die Kantone und Organisationen der Arbeitswelt bei ihren Aktivitäten, Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger beim Berufseinstieg zu unterstützen. Dazu hat Erika Zahler am 8. Juni eine Anfrage (*KR-Nr. 203/2020*) eingereicht, leider liegt die Antwort auf diese Anfrage noch nicht vor. Unser dringliches Postulat ist aber auch zusammen mit einem weiteren Vorstoss (*KR-Nr. 209/2020*) von SVP, EVP und Grünen zu sehen, welcher den Regierungsrat auffordert, wo nötig auch privatwirtschaftliche Unternehmen bei der Weiterbeschäftigung ihrer Lehrabgängerinnen und -abgänger zu unterstützen.

Mit der Überweisung dieses dringlichen Postulats setzen Sie heute ein erstes Zeichen im Kampf gegen die aktuelle und noch drohende Jugendarbeitslosigkeit in unserem Kanton, und Sie motivieren den Regierungsrat dazu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um den Lehrabgängerinnen und -abgängern beim Kanton zu einem erfolgreichen Berufseinstieg zu verhelfen. Für die Unterstützung danke ich Ihnen bestens.

Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau): Das Postulat, so wie es vorliegt, ist inhaltlich sinnvoll. Aber wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme schreibt, wird bereits ein Grossteil davon umgesetzt, soweit dies überhaupt möglich ist. Auch ist es so, dass ein Bericht sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, Zeit, die wir in dieser Situation nicht haben, denn die jungen Leute, die Lehrabgänger, sind jetzt betroffen, und die Massnahmen müssen jetzt getroffen werden. Und dazu brauchen wir jetzt nicht einen Bericht oder ein Postulat, das sehr viel Zeit und Geld beansprucht, das besser gleich für diese Lehrabgänger eingesetzt wird. Darum nochmals: Inhaltlich ist das Postulat sinnvoll, aber es erübrigt sich; es ist «vohrig». Wir müssen es nicht überweisen.

Die SVP ist überzeugt, dass der Regierungsrat das Anliegen ernstnimmt, es gehört hat und so weit als möglich umsetzen wird. Wir werden das Postulat nicht überweisen.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Ich möchte meine Interessenbildung bekanntgeben: Ich bin Vorstandsmitglied der Hotel & Gastro Union und als solcher Interessen-Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bei den Lehrstellen haben wir im Moment noch 2428 Lehrstellen laut der Internetseite Berufsberater.ch im Kanton Zürich offen. Dies ist für die Schüler, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, eine positive Meldung. Damit diese Ausbildungsstellen auch in den nächsten Jahren weiter angeboten werden, müssen wir den jungen Berufsleuten, die dieses Jahr die Ausbildung abschliessen, unbedingt eine Anschlusslösung bieten, denn genau diese Berufsleute können die Berufsbildner von morgen sein. In den nächsten Jahren werden mehr Jugendliche in die Berufswelt eintreten, und wir sind dann auf gute Ausbildner angewiesen.

Mit dem dringlichen Postulat fordern wir den Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass die jungen Erwachsenen, welche diesen Sommer die Grundbildung abgeschlossen haben, eine Anschlusslösung bekommen. Uns ist bewusst, dass nicht nur bei den vom Kanton Angestellten ein Problem besteht. Wir hoffen, dass die Privatwirtschaft – und hier sind alle gefordert – mit dem Kanton mitzieht und möglichst allen eine Anschlusslösung bietet. Damit die Regierung die Anliegen nicht nur aufnimmt, sondern wirklich auch umsetzt und auch prüft, ob mehr Überbrückungsangebote zur Verfügung gestellt werden müssen, wird die SP das dringliche Postulat an den Regierungsrat überweisen.

Liebe Elisabeth Pflugshaupt, so viel Zeit muss sein. Und die Kosten für diesen Bericht, die sind ganz sicher nicht wahnsinnig gross. Herzlichen Dank.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Die Corona-Krise wird ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Und es ist wichtig, dass die ausgebildeten jungen Erwachsenen eine Anschlusslösung haben, um ihr Erlerntes sofort vertiefen zu können und Arbeitserfahrungen sammeln zu können, damit sie arbeitsfähig bleiben. Ich denke, der Kanton hat hier sicher eine Vorbildfunktion, die er bereits zeigt, indem der Regierungsrat bereits aufgezeigt hat, was er alles tun wird, um Anschlusslösungen zu finden. Es ist halt schon so: Für Stellen braucht es Arbeit, und das ist bei den Privaten manchmal schwieriger als beim Staat, der wächst ja Jahr für Jahr, also sollte es auch kein Problem sein, diese Lehrabgänger einzustellen und weiterzubilden. Wir sehen in der FDP auch keine Dringlichkeit, dieses Postulat zu überweisen. Die FDP lehnt es ab. Tun Sie es uns gleich.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Ein dringliches Postulat, das eigentlich trotzdem fast zu spät kommt. Die LAPs (*Lehrabschlussprüfungen*) sind vorüber, fast alle Jugendlichen wissen, wie es weitergeht. Es ist sicher wichtig, dass junge Leute, anschliessend an ihre Lehr Berufserfahrung sammeln können. Sie sollen merken, dass sie gebraucht werden. Wir bilden unsere Jugend doch nicht für die Füchse oder für die Katze aus.

Der Kanton unternimmt für dieses Anliegen grosse Anstrengungen. Er nimmt seine Verantwortung als sozialer Arbeitgeber erfolgreich wahr. So werden zum Beispiel fast die Hälfte der Lernenden weiterbeschäftigt, für andere gibt es Bewerbungscoaching oder Überbrückungsstellen. Dies kann man der Antwort auf das Postulat entnehmen, nur schon deshalb übrigens, damit wir es schwarz auf weiss haben, hat sich dieses Postulat gelohnt. Es fragt sich aber wirklich, was der Kanton denn noch mehr machen könnte oder sollte. Und auch die KMU tun, soweit es der Arbeitsmarkt zulässt, erfolgreich ihr Mögliches. Mit Annahme dieses Postulates würden wir die Tür öffnen für weitere Vorstösse. Eine Jobgarantie für alle Jugendliche kann es aber nicht geben. Das wäre definitiv ein falsches Signal, und wir Grünliberalen wollen kein falsches Signal senden. Die Überweisung des Postulates ist also nicht nötig. Die Berufsbranchen haben sowieso ein ureigenes Interesse daran, ihre Lehrlinge auch zu platzieren. Das gehört zu einer attraktiven zukunftsfähigen Lehre. Und der Kanton macht schon sehr viel dafür, dass seine Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger erfolgreich ins Berufsleben einsteigen können.

Wir Grünliberalen lehnen dieses gutgemeinte dringliche Postulat deshalb ab, bestärken den Kanton aber weiterhin in seinem Bestreben, möglichst allen Lehrlingen, die auch wollen, eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit zu bieten.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Eigentlich, im Prinzip sind sich hier drin wohl die Allermeisten einig: Jugendliche Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger sollen in diesem Sommer trotz Krise nicht zwischen Stühle und Bänke fallen, sondern weiterbeschäftigt werden. Und Sie stimmen mir sicher auch zu, dass es unter allen Umständen zu vermeiden ist, dass Jugendliche nach Abschluss ihrer Ausbildung in die Arbeitslosigkeit versacken. Jungen Menschen zu signalisieren, die Arbeitswelt braucht dich nicht, hat eine fatale Auswirkung auf die Psyche der Jugendlichen. Und topaktuell ausgebildete junge Menschen in die Arbeitslosigkeit versinken zu lassen, statt ihr modernes Knowhow und ihre Energie produktiv einzusetzen, kommt auch der ganzen Gesellschaft sehr teuer zu stehen. Darum ist es eigentlich keine Frage: Der Kanton Zürich als grosser und solventer Arbeitgeber mit 300 Lernenden geht als Vorbild voran und sorgt dafür, dass trotz Corona-Krise keine seiner Lehrabgängerinnen und keiner seiner Lehrabgänger ohne Anschlusslösung oder Weiterbeschäftigung dasteht. Eigentlich sind wir uns einig, die Regierung und wir als Kantonsrat: Wir wollen als Kanton unsere soziale Verantwortung wahrnehmen und unsere Jugendlichen nicht im Regen stehen lassen.

Aber können Sie mir dann bitte erklären, wieso die Regierung die Überweisung des dringlichen Postulats ablehnt, mit der Begründung, das Anliegen des Postulats sei bereits aufgenommen? Für mich gibt's nur zwei Erklärungen: Entweder die Regierung will nicht darauf festgelegt werden, wirklich für alle Lernenden eine Lösung zu garantieren; darum will sie lieber keinen Rechenschaftsbericht schreiben. Oder die Regierung spielt das Schawinski-Spiel (*Roger Schawinski, Schweizer Radiopionier*): «Wer hat's erfunden, s'isch mini Idee gsi!?» Beide Erklärungsversuche finde ich unbefriedigend und lassen mich zum Schluss kommen, dass

die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Kantonsrat noch Luft nach oben hat.

Wie auch immer: Lassen wir die Spielchen und sichern wir unseren jugendlichen Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern einen gelingenden Start in die Arbeitswelt. Die EVP empfiehlt Ihnen daher, dieses dringliche Postulat zu überweisen.

Regierungsrat Ernst Stocker: Worüber reden wir eigentlich? Auf dem Tisch des Hauses liegt ein dringlicher Vorstoss für die Weiterbeschäftigung und Lösungen für kantonale Lernenden – nicht mehr, und nicht weniger. Der Regierungsrat nimmt seinen Auftrag, seine Verantwortung sehr wohl wahr. Und deshalb haben wir auch diese Massnahmen aufgezeigt: Es werden über 50 Prozent der Lernenden weiterbeschäftigt, bei den übrigen gibt es ein Coaching, und – es ist ja nicht das erste Mal; wir hatten schon einmal dieses Programm 2012 – ich versichere Ihnen hier, die, die keine Lösung haben, bekommen eine Anschlussstelle. Wir wissen auch, wie viel das kostet. Eine solche Anstellung kostet 48'000 Franken pro Jahr. Das ist alles klar und liegt auf dem Tisch. Ich kann Ihnen versichern als oberster Lehrmeister des Kantons, dass ich – ohne eine Amtsheimnisverletzung zu begehen – ich habe schon im April in der Regierung das Einverständnis geholt, dass wir eine Lösung für alle Lernenden anbieten. Ich bin jetzt schon etwas überrascht, dass zum Beispiel der Glaube bei der EVP in die Regierung so tief gesunken ist, dass sie uns nicht glaubt, dass wir für alle eine Anschlusslösung bringen, wenn wir es hier versprechen. Ich sehe einfach den Sinn nicht ein – und das ist der einzige Grund, weshalb wir das Postulat ablehnen wollen –, dass wir in einem Jahr noch einen Bericht machen müssen. Wir müssen jetzt handeln. Die Lernenden, die im August keine Lösung haben, die wollen keinen Bericht vor den Sommerferien im nächsten Jahr. Die wollen, dass man ihnen jetzt Lösungen anbietet, und das macht die Regierung. Ich möchte Ihnen nochmals versichern: Das Postulat rennt offene Türen ein. Es bringt nichts, wenn Sie dieses Postulat überweisen. Wir fühlen uns in der Verantwortung; wir stehen gegenüber unseren Lernenden in der Verantwortung.

Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.